

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 137 (1971)

Heft: 4

Artikel: Brennpunkte der internationalen Politik

Autor: Luchsinger, Fred

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-46701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein weiterer Wesenszug von Oberstkorpskommandant Hanslin darf nicht vergessen werden: sein *feu sacré* für die gute Sache, der er voll und ganz ergeben war. Dieses stille Feuer der Überzeugung war nicht nur sofort spürbar im persönlichen Gespräch, es war auch wahrzunehmen in Kontakten mit der Truppe, an Übungsbesprechungen, Rapporten und Konferenzen. Es vermochte in Verbindung mit der sachlichen Argumentation zu beeindruckend und zu überzeugen. Wenn Hanslin eine glänzende Karriere in unserer Armee machte, so hat er doch nie dem Karrieredenken gehuldigt. In einer materialistischen Zeit, in welcher Rang und soziale Stellung eine so wichtige Rolle spielen – oder zu spielen scheinen –, blieb er sicher seiner inneren Berufung treu. Dieser eiserne Wille zum bestmöglichen Dienst an der Sache gab ihm eine moralische Kraft, die in ihren Ausstrahlungen unverkennbar war.

Hanslin nahm es mit seinem Auftrag gemäß Dienstreglement Artikel 31 ernst: «Der Armeekorpskommandant schult die höheren Führer, ihre Stäbe und die großen Truppenverbände in Offizierskursen und Manövern. Er überzeugt sich vom Stand der Ausbildung, von der Kriegstüchtigkeit der Truppe und der Eignung der Führer.» Obwohl Bürger und Soldaten im unerwarteten Heimgang von Oberstkorpskommandant Hanslin kaum einen Sinn finden können, so liegt doch eine ergreifende Sinnbildlichkeit vor: Der Schnitter Tod faßte ihn mitten in der Erfüllung dieses seines schweren Auftrages. Das Land hat einen guten Sohn verloren.

Brennpunkte der internationalen Politik

Major Fred Luchsinger

Die äußere Situation unseres Landes ist nicht mehr, wie wir noch zu Beginn des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges mit Grundannahmen, durch das Verhältnis der europäischen Staaten, besonders unserer Nachbarn untereinander bestimmt. Über Krieg und Frieden und die Zwischenzustände zwischen beidem entscheiden auch hier im wesentlichen nicht mehr die Kabinette in Wien, Berlin beziehungsweise Bonn, Paris, London, Rom, sondern Washington und Moskau, und indirekt und von ferne vielleicht bereits auch Peking – Mächte also, die in immer höherem Grade global kalkulieren, weil ihre Auseinandersetzung eine globale ist. Unsere Lage, und damit ein wesentliches Element unserer Sicherheit, ist also weitgehend eine Funktion von Großmachtspolitik, von Politik zwischen den Großmächten wie von Politik der Großmächte gegenüber kleineren Staaten. Sie wird zum Beispiel durch das nukleare Kräfteverhältnis zwischen Amerika und der Sowjetunion, durch einen Interessenkonflikt dieser beiden Mächte am Suezkanal, durch eine Kollision am Ussuri stärker beeinflusst als durch manche Entwicklungen im europäischen Mikrokosmos.

Suggestivbegriff «Entspannung»

Eine zweite Vorbemerkung, die ebenfalls eine Binsenwahrheit ist für den, der sich mit internationaler Politik und den Vorstellungen des Publikums darüber beschäftigt: Die Worte und

Begriffe, in denen uns die Lage von den Regierungen und oft auch von Publizisten verdeutlicht wird, haben häufig mehr mit Wünschen, mit Modetrends, mit Psychologie, mit dem Hang zum verallgemeinernden Stichwort zu tun als mit der Lage selber. Sie sind oft eher aus Überlegungen der Public Relations oder der psychologischen Kriegführung abzuleiten als aus den Realitäten. Es würde sich in vielen Fällen empfehlen, sie genauer daraufhin zu examinieren, wie weit sie bloß Verkaufs- oder verschleierte Reklamemittel sind – selbst oder gerade wenn sie dann von der öffentlichen Phantasie ganzer Völkerscharen aufgenommen und geglaubt und zu geglaubten Situationsbildern verfestigt werden.

Mit etwas Derartigem hat man es beim Suggestivbegriff der Entspannung teilweise zu tun. Die Suggestion dieses Wortes besteht im Eindruck, daß wir, gesamthaft gesehen, tatsächlich in einer Epoche leben, in der wenigstens in unserer engeren Welt Spannungen systematisch und in Übereinstimmung der Beteiligten entschärft und abgebaut und Konfliktsmöglichkeiten eliminiert werden, daß wir in einer Welt leben, in der dramatisch zugespitzte Konflikte eigentlich gar nicht mehr möglich und deshalb auch nicht mehr zu fürchten seien. Ich möchte versuchen, den Realitätsgehalt solcher Vorstellungen etwas näher zu beleuchten.

Nicht erst seit kurzem, sondern schon seit etwa 1955, also seit über 15 Jahren, steht West-Ost-Politik unter dem Stichwort der Entspannung – unter dem Stichwort mehr als unter der Realität. Die Forderung, das Programm, das Ziel der Entspannung hat verschiedene Wurzeln. Sie kann dementsprechend nicht nur in West und Ost, sondern für verschiedene Nationen und für verschiedene Zeitabschnitte sehr Verschiedenes bedeuten.

Sicherheit und Unsicherheit in der Nuklearstrategie

Eine ihrer wichtigsten Wurzeln liegt in der Entwicklung der Nuklearstrategie. Die Fakten sind bekannt. Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ist für die Vorstellungskraft jener Zustand in Sicht gekommen, der seither praktisch erreicht worden ist: der Zustand, daß mindestens die beiden führenden Nuklearmächte in der Lage sind, sich gegenseitig auszulöschen. Das hat das Risiko von offenen Konflikten zwischen ihnen fast unberechenbar und damit untragbar gemacht. Daraus resultiert, und das ist nur scheinbar paradox, ein relativ hohes Maß von Sicherheit. Daraus resultiert andererseits aber auch ein unübersehbares und legitimes Bedürfnis der beiden Seiten, Konflikte durch Absprache der Hauptbeteiligten zum vornherein zu verhindern oder jedenfalls unter Kontrolle zu halten, das heißt das Bedürfnis nach Verständigung unter den Nuklearmächten. Zumindest rhetorisch treffen sich beide Seiten in der Umschreibung solcher Ziele. Wie ernst sie gemeint sind, welche und wieviel Verzichte man sie sich gegebenenfalls kosten läßt, oder umgekehrt: welche anderen, wirklicheren politischen Ziele unter solcher Etikette verfolgt werden, bleibt von Fall zu Fall skeptischen Fragen offen.

Dieses Bedürfnis der Verständigung hat in den vergangenen Jahren einige praktische Resultate gezeitigt. So die sogenannten heißen Drähte zwischen den Nuklearmächten als ein Mittel, im akuten Krisenfall in extremis einen Automatismus von Schlag und Gegenschlag womöglich aufzuhalten – wobei man im übrigen nicht weiß, wofür diese Drähte sonst noch gebraucht werden. So auch ein beschränktes Teststoppabkommen, beschränkt bekanntlich auf oberirdische nukleare Testexplosionen, das zwar, wie sich in aller Deutlichkeit gezeigt hat, keineswegs zu einem Einfrieren der militärischen Nukleartechnik und der Weiterentwicklung der Waffen geführt hat, das aber wenigstens der Verseuchung der Atmosphäre durch Spaltprodukte hat Einhalt bieten können.

Andere Früchte solcher Verständigung wird man nur bedingt als Beitrag zur Konfliktskontrolle bezeichnen können – so den *Atomsperrvertrag*. Hier haben sich die Interessen der beiden Nuklearmächte lediglich darin getroffen, daß sie das Entstehen weiterer Nuklearpotentiale außerhalb ihrer eigenen verhindern wollen. Das ist zwar sicher von Bedeutung, denn eine ungehemmte Verbreitung von Nuklearwaffen würde diesen Globus entscheiden zu einem wesentlich unsichereren Ort machen – aber es bindet den bestehenden Nuklearmächten in keiner Weise die Hände und schränkt die Möglichkeiten des Konflikts zwischen ihnen – und zwischen ihnen und Nichtnuklearen – in keiner Weise ein. Es bindet auch jene Staaten nicht zurück auf ihrem Wege zum Nuklearpotential, die, wie China und Frankreich, ihre Unterschrift unter diesen Vertrag verweigern.

Und noch weitere Früchte solcher Direktverständigung sind erst in einem ungewissen Reifeprozeß begriffen. Vor allem SALT, *Strategic Arms Limitations Talks*, das amerikanisch-sowjetische Gespräch also über eine Beschränkung der beiderseitigen Nuklearrüstung. Diese Gespräche sind, das muß man immer wieder deutlich machen, keine Abrüstungsverhandlungen. Ihr Ziel ist nicht der Abbau der bestehenden Arsenale, sondern eine Absprache über die Beschränkung ihres weiteren Ausbaues, die Verhinderung einer weiteren Rüstungsrunde, die von schwer absehbaren Konsequenzen wäre, erstens finanzieller und zweitens strategischer Art, weil sie das bestehende Gleichgewicht der Abschreckung durch Einführung neuer Waffen und Techniken illusorisch machen könnte.

Man wird heute schon sagen können, daß dieses Ziel ein Maximalziel ist, das kaum erreicht werden wird. Abgesehen von der ungeheuren sachlichen Komplexität dieser Verhandlungen, bei denen es vor allem darum ginge, eine Gleichwertigkeit der Verzichtleistungen in der Entwicklung völlig verschiedener offensiver oder defensiver Systeme zu finden – abgesehen davon ist inzwischen eine neue Generation strategischer Waffen, defensiver wie offensiver, sofern man das heute noch genau unterscheiden kann, mit Antiraketensystemen, Mehrfachsprengköpfen und Trägern für schwerkalibrige Nuklearkörper bereits im Bau. Es bleibt als Restprodukt solcher Verständigung eigentlich nur das Einfrieren eines Sektors der neuen Kollektion übrig – was aber sogleich wieder die Frage der Gleichwertigkeit der Verzichtleistungen aufwirft. Eine Garantie, daß es pauschal wenigstens beim heutigen Stand und Gleichgewicht der Abschreckung bleiben werde, wird man von diesen Gesprächen kaum erwarten können.

Im Gegenteil ist nicht zu übersehen, daß, während diese Gespräche im Gange sind, die strategischen Gewichtsverhältnisse zwischen den beiden Supermächten eine bedeutungsvolle Wandlung erfahren haben und weiterhin erfahren. Die Indizien sind aus den Jahresübersichten des Instituts für strategische Studien bekannt. Nur zur Gedächtnisauffrischung: Der große Rückstand der Sowjetunion in bezug auf die Stückzahl ihrer strategischen Fernwaffen der interkontinentalen ballistischen Missiles hat sich jedenfalls numerisch in einen kräftigen Vorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten verwandelt, die Zuwachskurve der segebundenen Nuklearraketen vom Typ «Polaris» geht in der Sowjetunion steil aufwärts, während die Entwicklung in den Vereinigten Staaten hier numerisch, wenn auch nicht in der Qualität, stagniert, die Anzahl der Nuklearsprengköpfe im Megatonnenbereich liegt auf sowjetischer Seite weit höher als auf amerikanischer. Daneben ist die sowjetische Rüstung der letzten Jahre gekennzeichnet durch eine gewaltige Anstrengung zum Ausbau einer heute nun in allen Gewässern der Welt operierenden Flotte, was auch auf diesem Gebiet die Kräfteverhältnisse stark ver-

ändert und für die atlantischen Partner schwerwiegende Probleme aufwirft.

Die Frage ist aufgeworfen worden, und es ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, ob dieser strategische Aufbau der einen Seite nicht eine sehr viel gewichtigere Tatsache sei als der Versuch der Verständigung über Strategie – die Frage geradezu, ob diese Verständigungsgespräche der sowjetischen Seite nicht in erster Linie zur Verzögerung des Nachziehens der andern Seite dienen.

Keine größere Sicherheit durch Verständigungsversuche

Wir haben den Rüstungskomplex, besonders den nuklearen, hier umrissen, weil von ihm ein wichtiges, vielleicht das wichtigste und auch das legitimste Motiv für Entspannungspolitik ausgeht, weil hier der wichtigste potentielle Bezirk für eine Verständigung der Großmächte besteht – und vom Verhältnis der Großmächte zueinander hängt letztlich der Zustand der Welt insgesamt ab. Wir müßten nun also, um den Saldo zu ziehen, fragen, welchen Grad von wirklicher Entspannung durch diese Verständigungsversuche tatsächlich erreicht worden ist. Die Antwort ist: vorläufig nur ein minimaler.

Das Risiko eines unbeabsichtigten Krieges «aus Zufall», durch Auslösung des Schlagabtauschmechanismus, ist geringer geworden. Die Tatsache, daß man miteinander im Gespräch steht, mag einiges wert sein, allerdings immer unter der Voraussetzung, daß das Gespräch von einer Seite nicht lediglich als Hinhalte- und Verschleierungsübung für einseitige Rüstung benützt wird.

Aber es ist bisher kein höherer Grad von globaler oder partieller Sicherheit aus diesen Absprachen der Supermächte entstanden, keine Verminderung des Konfliktrisikos. Was *wir alle* an Sicherheit haben, beruht realiter nach wie vor weit überwiegend auf Abschreckung und nicht auf Verständigung.

Hingegen könnte die fortdauernde Wirkung dieser Abschreckung für die Zukunft nun eher stärkeren Zweifeln ausgesetzt werden: Wenn nämlich die Gewichtverschiebung auf strategischem Gebiet so weitergeht, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten war, wenn die Abschreckstrategie ausgehöhlt werden sollte, dann kann sehr wohl eine Situation entstehen, in der für die stärkere Seite die Versuchung wächst, ihr Übergewicht, etwa mit einer nuklearen Erpressung, wieder ins Spiel zu bringen – mit andern Worten, etwa das noch einmal zu versuchen, was in der Kubakrise 1962 unter der Drohung des großen Konfliktes abgebrochen werden mußte.

Das ist keine unmittelbare Perspektive – aber auf die weitere Sicht der siebziger und achtziger Jahre auch keine völlig unwahrscheinliche. In der neuen, umfassenden Darlegung der amerikanischen Außenpolitik weist Präsident Nixon ausdrücklich auf diese Perspektiven hin: «Die Zunahme ihrer Macht», so sagt er im offiziellen Papier des Weißen Hauses «US Foreign Policy for the 1970s», «könnte die sowjetischen Führer zu kühneren Herausforderungen verleiten. Sie könnte sie dazu verführen, die Risiken gewisser politischer Aktionen zu unterschätzen.»

So viel ist jedenfalls zu sagen: Im Unterschied zu den Vorstellungen, die eine Modeströmung der sechziger Jahre in der öffentlichen Meinung verbreitet hat – die Vorstellung nämlich von einem allmählichen Absterben des West-Ost-Konfliktes, von seiner Auflösung in Entspannung oder von seiner Ablösung durch andere Fragestellungen, wie etwa die des Nord-Süd-Problems, des Problems des Verhältnisses von industrieller zur Entwicklungswelt –, im Unterschied zu solchen Vorstellungen und Erwartungen ist uns der Ost-West-Konflikt als ein unbarmherziger globaler Machtkampf, als die überragende Tatsache im Situationsbild unserer Jahrzehnte erhalten geblieben. Auch die

neuen inneren Auseinandersetzungen im Westen, in denen die liberale Gesellschaftsstruktur bis in ihre Wurzeln in Frage gestellt wird, vermag die Tatsache nicht zu verwischen, daß die Welt in weitesten Teilen nach wie vor im Schatten dieses Machtkampfes steht. Sie relativiert alle Prognosen, auch die inner-europäischen, auch die helvetischen Zukunftsentwürfe, die ohne einen Gedanken an die nach wie vor hohe Instabilität der internationalen Entwicklung an das Risiko eklatanter zivilisatorischer Rückfälle ihre Aufwärtskurven in die ferne Zukunft des Jahres 2000 projiziert.

Diese Auseinandersetzung mit allen ihren Möglichkeiten ist nicht einfach unter das Stichwort «Entspannung» zu bringen. Entspannung, partielle, regionale, globale, mag hier eintreten, zeitweise oder schließlich umfassende und dauerhafte. Vorerst aber ist sie *nicht* die Signatur dieser Auseinandersetzung. Wir sollten uns hüten, sie als das und als verlässliche Tatsache zu nehmen, bevor die Anzeichen dafür solide sind, solider als heute.

Alternativen zur Abschreckung?

Wir sind von der nuklearstrategischen Globalsituation ausgegangen als einer der Wurzeln einer Verständigungs- und Entspannungspolitik der Weltmächte, ob sie nun Erfolg verspricht oder nicht. Dieses primäre Entspannungsbedürfnis, dessen Echtheit allerdings nicht auf beiden Seiten mit gleicher Zuverlässigkeit festzustellen ist – es dominiert sichtbar vor allem die öffentliche Meinung Amerikas und des Westens –, hat nun sekundäre Wirkungen in gleicher Richtung bei anderen beeinflußt, besonders bei den europäischen Partnern der Vereinigten Staaten. Für sie drängten sich schwerwiegende Fragen auf: Wenn die Abschreckstrategie so ungeheure Risiken enthielt, daß die Abschreckmächte selber sie durch Verständigungsversuche zu mildern trachteten – war dann die konfliktverhindernde Wirkung dieser Strategie noch zuverlässig, war insbesondere die Sicherheitsgarantie für Dritte, die von dieser Abschreckwirkung zwischen den Großen abhängig sind, noch hieb- und stichfest? Bestand nicht die Gefahr, daß solche Direktverständigung der beiden «Super-Grands» über die Köpfe und auf Kosten der abhängigen Britten und ihrer Sicherheit ging?

Die Tendenzen, die sich in Europa aus solchen Fragestellungen ableiten, sind bekannt, einerseits die Tendenz, von der Abschreckgarantie einer Fremdmacht – und sei man mit ihr noch so eng verbunden – unabhängig zu werden, indem man ein eigenes Potential von *Deterrence* entwickelt – die nationale *Force de dissuasion* also nach dem Beispiel Frankreichs. Andererseits das Bemühen, europäische Spannungen politisch abzubauen, die zu Konflikten führen könnten, wenn schon die strategische Konfliktverhinderung nicht absolut zuverlässig schien. Amerika hat die erste dieser Tendenzen lange Zeit bekämpft, weil sie ihm die Kontrolle über Konflikte in Europa beschneidet, die zweite hingegen ermutigt und gefördert, weil sie die Risiken einer Konfrontation über europäischen Problemen auch für Amerika zu mildern versprach.

Hier ist allerdings eine Verdeutlichung nötig. Die zweifelnden Bedenken gegenüber der Abschreckstrategie haben bisher keinen Verbündeten der Vereinigten Staaten – auch Frankreich nicht – bewogen, sich von ihr loszusagen und loszulösen, und etwa die einseitige strategische Sicherheitsgarantie gegen eine rein politische doppelseitige einzutauschen. Kein europäisches NATO-Mitglied hat es bisher gewagt, seine Sicherheit auf bloße Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion abzustellen und sich außerhalb des amerikanischen strategischen Schirms zu begeben – auch die Bundesrepublik Deutschland nicht, die solche Verträge mit

Oststaaten unterzeichnet hat. Das ist vielsagend. Es bedeutet, daß Entspannungspolitik jedenfalls vorläufig nicht als Ersatz oder/und als Alternative, sondern als Ergänzung der bisherigen Sicherheitspolitik betrieben wird. Ohne Verankerung im Bündnis erschiene sie den verantwortlichen Regierungen als nicht zu verantwortendes Abenteuer. Wir erinnern an die in letzter Zeit immer wiederholten und so stark betonten Erklärungen Bonns, daß Ostpolitik nur aus solcher Verankerung heraus betrieben werden könne.

Diese Tatsache relativiert auch die Möglichkeiten einer sogenannten europäischen Sicherheitskonferenz, sofern mit einer solchen Konferenz das Ziel verfolgt würde, die Sicherheit Europas auf eine völlig neue Basis zu stellen, zum Beispiel eben von Nichtangriffspakten oder aber von Neutralisierungslösungen. So gut derartiges auf dem Papier zu präsentieren ist, so groß ist das in Erfahrung begründete Mißtrauen gegen Papier, wo es um Sicherheit geht; so kritisch die Möglichkeiten und Grenzen der Abschreckstrategie beleuchtet werden, so deutlich setzt sich dann doch in manchen Entscheidungen wieder die Einsicht durch, daß Macht eben durch nichts anderes als durch *adäquate Gegenmacht* in Schranken und in Balance zu halten ist. Diese Einsicht hat sich auch in der NATO wieder stärker durchzusetzen begonnen, nicht zuletzt seitdem von Amerika aus neue Impulse zur Stärkung der sicherheitspolitischen Partnerschaft mit Europa spürbar werden und seitdem dem Abrutschen in Vorstellungen von Degagement, von Loslösung von Europa durch die Regierung Nixon mit deutlichen Festlegungen entgegengewirkt wird.

Auch hier also vorläufig keine grundlegende Veränderung der Szenerie durch Entspannungspolitik.

Überwindung der Spaltung oder Verfestigung der Herrschaft?

Entspannungspolitik ist drittens und schließlich mit dem Anspruch begründet und verfochten worden, sie vermöge, abgesehen von aller Sicherheitspolitik, die Fragen politisch zu lösen, die unter der Konfrontation von Ost und West ungelöst geblieben seien und in denen die eigentlichen Ursachen der Spannung liegen. Man hat hier vor allem an die Spaltung Europas, Deutschlands, Berlins gedacht. Um diese Spaltung zu überbrücken, müsse die Konfrontation gelockert, um den normalen Kontakt und Austausch zwischen Völkern und Menschen wieder zu ermöglichen, müßten die Blöcke abgebaut werden. So die Theorie der Entspannungspolitik.

Das tönt an sich überzeugend. Voraussetzung dafür ist allerdings beiderseits der Wille zur Überbrückung und Normalisierung, also eine gemeinsame Zielvorstellung. Hier aber hat die Erfahrung ernsthafte Fragezeichen gesetzt.

Die Lagebeurteilung, von der entspannende Ostpolitik allgemein ausgeht, war und ist in wesentlichen Punkten durchaus richtig. Sie basiert darauf, daß der Ostblock kein homogenes geschlossenes Ganzes mehr sei, sondern sich innerlich mehr und mehr differenziere. Der Schluß, daß damit der Ansatz auch zu einer differenzierenden, die starren Bindungen lösenden Politik gegeben sei, ist jedoch an der Wirklichkeit vorbeigegangen. Es hat sich nämlich überaus deutlich und drastisch gezeigt, daß die Sowjetunion solche innere Differenzierungen in ihrem Kontrollbereich keineswegs als willkommene Ansätze einer Normalisierung, sondern im Gegenteil als Bedrohung ihrer Herrschaft empfand und empfindet und daß sie dagegen massiv reagiert. Das letzte und krassste Beispiel dafür ist der 21. August 1968 in Prag.

Amerikanische Brückenbaupolitik in osteuropäischen Staaten, wie sie in der Ära Kennedy-Johnson mehr proklamiert als praktiziert wurde, hat die Sowjetunion als Subversionsversuche denun-

ziert. Französische und westdeutsche Versuche in gleicher Richtung, nämlich der Herstellung eines normaleren Verhältnisses mit osteuropäischen Staaten, hat die Sowjetunion umkanalisiert in eine Politik mit Moskau. Symptomatisch dafür ist etwa, daß der deutschen Ostpolitik die Priorität des Vertrages mit Rußland vor dem mit Polen auferlegt wurde, daß dieser Vertrag der Sowjetpolitik die Möglichkeit gibt, auch die deutsche Verständigung mit Polen oder der Tschechoslowakei unter Kontrolle zu halten und nach ihren Bedürfnissen zu dosieren.

Die Sowjetunion verfolgt also unter dem Stichwort der Entspannung eine andere Politik und andere Ziele als der Westen. Für den Westen ist das ursprüngliche Ziel hier Veränderung der Lage in Europa insgesamt, Normalisierung im Sinne von größerer Bewegungsfreiheit der anderen, größerer Freiheit, Überwindung der Spaltung. Für die Sowjetunion ist das Ziel im Gegensatz dazu Fixierung des Status quo durch seine Anerkennung, womöglich die völkerrechtliche Fixierung und Konsolidierung ihrer Herrschaft.

Ihr Herrschaftsbegriff hat nach wie vor stark totalitäre Züge. Sie will und kann sich anscheinend nicht damit begnügen, daß ihre direkten Nachbarn in Osteuropa auf eine Politik verpflichtet und festgelegt werden, die den vitalen Interessen der Sowjetunion nicht zuwiderläuft. So etwa hatte man sich bei den angelsächsischen Mächten zur Zeit von Jalta in Praxis den sowjetischen Einfluß in Europa vorgestellt, und damit hätte man sich abgefunden. Die Sowjetunion ihrerseits aber sah – und sieht noch immer – erst und nur in der Gleichschaltung und Unterordnung ihrer Nachbarn eine wirkliche Sicherung ihrer Interessen. Nur Finnland vermochte sich als Ausnahme gegen diese Gleichschaltung zu behaupten. Veränderung, auch innere Veränderung, sucht die Sowjetunion in ihrem Herrschaftsbereich zu verhindern, Entspannungspolitik sucht sie gegen solche Folgen abzuschirmen. Es ist schwer vorstellbar, wie Entspannungspolitik unter diesen Umständen zwei so konträren Zielsetzungen zugleich dienlich gemacht werden kann.

Als Resultat der ostpolitischen, entspannungspolitischen Bemühungen ist jedenfalls keine Auflockerung des Ostblockes festzustellen. Mit der Breschnew-Doktrin sind vielmehr dort die Zügel wieder erheblich stärker angezogen worden. Es ist offensichtlich, daß die Aufrechterhaltung der Gleichschaltung und der disziplinierten Unterordnung in ihrem Herrschaftsbereich der Sowjetunion steigende Schwierigkeiten verursacht. Nach dem tschechischen Virus hat sie es heute zum Beispiel im Gefolge der Arbeiterunruhen an der Ostsee mit einem polnischen zu tun. Aber diese Schwierigkeiten haben im Osten bisher nicht zu größerem Bewegungsspielraum geführt, und nach wie vor ist damit zu rechnen, daß Moskau diesen Spielraum notfalls mit drastischen Mitteln äußerst eng begrenzt zu halten versucht.

Unter Auflösung der Blöcke versteht Moskau also nicht Auflösung des eigenen, sondern Auflösung des andern, insbesondere Lockerung des amerikanisch-europäischen Zusammenhanges und Auspielen der westeuropäischen Partner, besonders ihrer einzelnen nationalen «Ostpolitiken» gegeneinander.

Hier sind, auf westlicher Seite, seit längerem die Risiken einer Entspannungspolitik offenkundig geworden, soweit sich diese in nationale Einzelgänge aufgelöst hat. Eine Entspannungspolitik, die nur dies, nur die Auflösung der Bindungen und Koordinierung im Westen, nicht aber eine Normalisierung der Verhältnisse in ganz Europa zur Folge hätte, würde nicht nur ihren Sinn und Zweck verfehlen. Sie würde den einzelnen westlichen Nationen und Westeuropa insgesamt gegenüber das relative Gewicht der Supermacht Sowjetunion bedeutend verstärken und damit ihren

Einfluß und Sog außerhalb ihres engeren Herrschaftsbereiches vergrößern. In diesem wachsenden politischen Übergewicht der Sowjetunion, das dann auch die Bewegungsfreiheit der Westeuropäer begrenzen kann, und nicht so sehr in der Möglichkeit der militärischen Aggression gegen Westeuropa liegt das eigentliche Risiko und die Gefahr unserer Tage. Und die Gefahr, die sich hier dann für die Zukunft herausbilden könnte, läge darin, daß über Europa, über seine äußere Ausrichtung wie über seine innere Gestaltung, die Entscheidungen im Zeichen dieser politischen Übermacht fallen, bevor beziehungsweise ohne daß materielle Macht, sei es in einer Erpressung oder im Krieg, zur Anwendung kommen müßte.

Sowjetische Zweifrontensituation

Wir haben uns beim Ost-West-Problem und -Konflikt in seiner Auswirkung auf Europa aufgehalten. Es liegt uns schließlich am nächsten. Aber dieser europäische Aspekt ist heute nicht mehr unbedingt der ausschlaggebende. Es ist nötig, ihn mindestens mit einigen andeutenden Strichen in weitere globale Zusammenhänge einzuordnen.

Es ist längst nicht mehr zu übersehen, daß sowjetische Europapolitik sehr vieles mit der gesamtstrategischen Lage der Sowjetunion zu tun hat. Sie ist, mit einem Wort, als eine Zweifrontensituation zu charakterisieren. Seit der Mitte der fünfziger Jahre ist die sowjetische Präokkupation mit China ständig gewachsen. Sie dürfte heute zumindest im militärisch-strategischen Denken der Sowjetunion die Beschäftigung mit dem westlichen Sektor überwiegen. An der Südgrenze Sibiriens sind gewaltige Sicherheitsinvestitionen gemacht worden, die zusammen mit den Aufwendungen für Raumfahrt und für Nuklear- und Trägerwaffen wohl entscheidend ins Gewicht fallen für die Belastung des sowjetischen wirtschaftlichen Potentials auf Kosten der Konsumenten.

Eine Zweifrontensituation ist der Alpdruck jedes Staatsmannes. Er ist fast unter Zwang gesetzt, etwas dagegen zu tun. Moskau hat lange gezögert, den Bruch mit Peking überhaupt offen zur Kenntnis zu nehmen – nicht nur aus Gründen der kommunistischen Ideologie, die theoretisch eine spannungsreiche Rivalität kommunistischer Staaten unter dem einen rechten Glauben ja nicht anerkennen kann. Der Bemühung, den Bruch wenigstens auf staatlich-politischer Ebene wieder zu kitten, ist bisher nur ein sehr partieller Erfolg beschieden gewesen, keiner jedenfalls, der die Beschäftigung mit dieser chinesischen Front gegenstandslos gemacht hätte. Die Aussicht, daß die Zukunft ihn heilen werde, ist ungünstig. Denn China ist als Machtfaktor unabweislich im Wachsen, es ist eine Zukunftsmacht mehr als eine Gegenwartsmacht. Sein Potential reicht heute kaum für eine ernsthafte Bedrohung der rüstungsmäßig weit überlegenen Sowjetunion, morgen, das heißt in ein, zwei Jahrzehnten, kann das anders aussehen.

Man hat lange und eifrig spekuliert darüber, was der wachsende Druck der chinesischen Macht für Auswirkungen auf die russische Politik im Westen haben werde. Man hat sich Visionen einer künftigen Allianz der weißen Rasse gegen die gelbe Gefahr hingegeben und sich Gedanken gemacht, ob die Sowjetunion unter solchen Perspektiven sich die Sicherung ihres westlichen Rückens nicht gegebenenfalls etwas kosten ließe, ob sie sich ein Stillesitzen Amerikas nicht etwa mit Konzessionen in Europa erkaufen werde. Spekulieren kann man immer und wird es auch in Zukunft in dieser Richtung noch oft tun. Aber in Begriffen konkreter Politik haben sich für solche Erwartungen einstweilen wenig Ansatzpunkte ergeben.

Eher im Gegenteil: Das russische Bestreben, sich den europäischen Rücken zu decken, während man auf China schaut, ist zwar zu erkennen. Aber es schlägt sich einstweilen nicht in Konzessionsbereitschaft nieder, sondern im Gegenteil in einer entschiedenen, offensiven Politik der Abriegelung und Absicherung des europäischen Imperiums gegen westliche Einflüsse und in Initiativen zur inneren Schwächung der westlichen Gegenspieler. Auch das ist eine Politik der Rückendeckung, und sie ist, wenn man die außenpolitischen Positionen der Sowjetunion in Westeuropa vor zirka 5 Jahren mit denen von heute vergleicht, sogar ziemlich erfolgreich, jedenfalls ermutigend gewesen – erfolgreicher als die Bilanz im eigenen Herrschaftsbereich.

Das Heraufkommen Chinas als Macht hat die Sowjetunion auf Wege geführt, die ihr bisher weitgehend fremd waren. Sie muß in Asien Gegengewichte aufbauen gegen den kommunistischen Rivalen – das impliziert eine aktivere Asienpolitik, als Rußland sie je seit dem russisch-japanischen Krieg geführt hat. Präsenz in Asien aber bedingt eine Flottenmacht, die die Flagge auch dort zeigen kann, wo man als Landmacht kaum hinkommt. Das wiederum verlangt gesicherte Seewege. Das sowjetische Imperium hat in seiner Zweifrontensituation in der Tat seinen Charakter tiefgreifend zu verändern begonnen: Es ist aus dem Status einer Landmacht ausgebrochen und zu einer Globalmacht im modernsten Sinne geworden.

Wir dürfen darauf verzichten, uns in die asiatische Problematik, die sich aus dieser Konstellation ergibt, hier allzu weit zu vertiefen. Sie ist weit flüssiger als die vergleichsweise doch starre, vorläufig auf Mikrobewegung beschränkte Entwicklung in Europa, und damit weit weniger absehbar. Man sieht zwar die Entwicklungslinien, aber man kann schwer sagen, wohin und wie weit sie führen, wo und wie sie sich berühren oder kreuzen. Man sieht etwa die Schrumpfung des amerikanischen Engagements, wie sie mit dem Abbau in Vietnam augenfällig ist; aber man sieht nicht, wo und wann sie haltmachen wird, ob sie letztlich das südostasiatische Festland sich selber überlassen wird oder nicht, ob daraus eine Politik und Strategie wird, die sich vorwiegend nur noch auf die pazifische Inselwelt stützt.

Man sieht das machtmäßige Aufwachsen Japans, aber man kann nicht absehen, wo und wie weit diese Industriemacht, der in manchen Prognosen bereits der zweite Weltrang zugewiesen wird, politisch Leerräume auffüllen wird, die sich aus dem amerikanischen Rückzug ergeben können, man kann nicht absehen, wie sich Japans Verhältnis zu China entwickeln wird, ob zum Konflikt oder zu einer Partnerschaft.

Man hat den Aufstieg Chinas vor Augen, man sieht die sozusagen schon perforierten Konfliktlinien an der sowjetischen und der indischen Grenze, aber man kann nicht voraussagen, ob dieser Aufstieg vom Expansionsdrang eines in seiner Geschichte nicht ausgesprochen expansiven Reiches begleitet sein wird oder nicht.

Und man sieht das sowjetische Bemühen, in Indien politisch und strategisch Fuß zu fassen, man sieht die merkwürdig ambivalente sowjetische Vietnampolitik, die einerseits an der Schwächung Amerikas durch diesen Krieg, andererseits aber ebenso sehr an der Zurückbindung Chinas interessiert ist; aber welches Gewicht die Sowjetunion in Asien schließlich erlangen wird, ist völlig offen.

Sehr viel deutlicher als in Europa und in der westlichen Hemisphäre hingegen, und schließlich, zeichnet sich in Asien die Ablösung der einfachen West-Ost-Konfrontation durch eine Dreieckskonstellation Amerika-Sowjetunion-China ab – wenn nicht hier schon durch ein Viereck unter Einbeziehung Japans, eine Konstellation und Kombinationsmöglichkeit also, die eine

beweglichere Großmächtepolitik erwarten lassen. Bloß – wer unter welchen Umständen mit wem und gegen wen was tun wird, das ist so wenig zu beantworten wie die Frage in einem bekannten Limmerick.

Nahost – Kreuzungspunkt globaler Interessen

Faßbarer als die asiatischen Ungewißheiten der Zukunft und von unmittelbareren Folgen für uns ist die Auswirkung des sowjetischen Dranges oder Zwanges, in Asien präsent zu sein, auf das Mittelmeer und den Nahen Osten. Was für das alte Rußland Konstantinopel und die Meerengen bedeuteten, das scheinen für die Sowjetunion der Suezkanal und die ihn kontrollierende Nahostposition zu werden oder zu sein: der Engpaß einer Globalstrategie, die den Seeweg nach Indien sucht. Sie ruft zwangsweise bei der Gegenseite nach einer Gegenstrategie, die ihr diesen Weg zu verlegen trachtet.

Diese Kreuzung der Weltmachtinteressen an diesem einen Punkt – ein genaues Nord-Süd/West-Ost-Kreuz sozusagen – hat den israelisch-arabischen Regionalkonflikt globalstrategisch überlagert und macht ihn zu einem hochempfindlichen potentiellen Explosionsherd. Man wird sich keine Illusionen machen dürfen, worum es hier wirklich geht. Die Bemühungen um eine Beilegung dieses Konfliktes gelten nicht einfach arabisch-israelischen Differenzen; und mit der Bereinigung dieser Differenzen ist es noch nicht getan. Hier sind – und man wird wohl sagen müssen: bleiben – für längere Zeit die Großmächte ineinander verblissen.

Übrigens nicht nur die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion: Bereits zeichnen sich an den afrikanischen und arabischen Küsten des Indischen Ozeans auch chinesische Infiltration und Bemühung um Fußfassen ab – an den Flanken jenes Seeweges also, der der sowjetischen Asienpolitik so wichtig ist.

Wir sind mittendrin

Dieser Seeweg ist überdies, wenigstens in seinem westlichen Teil, zugleich der wichtigste Lebensnerv der europäischen Energieversorgung. Wer ihn kontrolliert, wer das arabische Petrol vom Persischen Golf bis Algier und seinen Transportweg kontrolliert, der kontrolliert eine Arterie des ebenso hoch industrialisierten wie dadurch hochempfindlichen europäischen Kontinents.

Womit auch der globalpolitische Exkurs über Asien zum Ausgangspunkt zurückführt, zur Einsicht, daß die globale Auseinandersetzung der Großmächte nicht nur diese Mächte zeichnet und einbezieht, sondern uns alle, daß wir unentrinnbar mittendrin sind, ob wir es wollen oder nicht, ob wir es sehen und anerkennen oder ob wir in einer vermeintlich verkehrstillen Ecke utopische Spiele treiben.

Abschließend zwei Bemerkungen, die gegensätzlich tönen, aber es nicht sind. Es ist hier vorwiegend von Interessen- und Machtkonflikten, teils globalen Ausmaßes, meist fundamentaler Natur, die Rede gewesen – von *politischen Interessenkonflikten*, wie betont werden muß. Politische Interessenkonflikte mögen Ansätze zu militärischen Konflikten sein; aber sie müssen nicht notwendigerweise, nicht zwangsweise, nicht unausweichlich dorthin führen. Die Geschichte, würde man sie befragen, würde vermutlich zeigen, daß nur eine Minderzahl solcher Konflikte jeweils in Krieg umschlägt. Man kann mit ihnen leben, recht lange, und es geschieht, daß sie sich unter wechselnden Konstellationen auflösen, worauf dann andere nachwachsen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß nicht auch der unmilitärische politische Konflikt die Welt tiefgreifend, unter Umständen auch zu unse-

rem Nachteil tiefgreifend, verändern kann, nämlich durch stetige, vielleicht kaum merkliche Machtverschiebung. Sie läßt dann erst in einer politischen Krise offenbar werden, daß ein Gleichgewicht von Wirkung und Gegenwirkung nicht mehr besteht – so daß Widerstand gegen Machtforderungen nicht mehr möglich ist, weil die Grundlagen seines Erfolges inzwischen zerbröckelt sind. Die Fortschritte solcher politischer Kriegführung entgehen einer öffentlichen Meinung leicht, wenn sie die Entwicklung nur an ihren Perspektiven für Krieg oder Frieden mißt. Sie sollten und dürften ihr aber nicht entgehen, denn in ihnen wird unter Umständen ebensoviel oder mehr entschieden als in der dramatischen Machtprobe.

Und das Gegenstück dazu: Es wäre unverantwortlich sorglos, wollte man selbstsicher darauf bauen, daß Konflikte dieser Art notwendigerweise und zwangsweise friedlich bleiben müssen oder jedenfalls in engstem Rahmen gehalten werden können – nur weil das Überkippen in den materiellen Machteinsatz mit unvorstellbaren und eigentlich für niemanden überhaupt tragbaren Risiken verbunden ist. Die Marge der politischen Handlungsfreiheit reicht auch ins Verhängnisvolle hinein; das Verhängnis ist durch kein «Darf nicht» solid vom Bereich des Möglichen ausgeschlossen. Es gibt – und dazu steht auch für das Nuklearzeitalter bereits Erfahrung zur Verfügung – durchaus die Möglichkeit des fehlkalkulierten Risikos.

Die Lage, die hier nur in ein paar wenigen ihrer Elemente umrissen worden ist, gibt trotz dem Schlagwort der Entspannung keinen Anlaß, die ernstesten und bedrohlichsten Möglichkeiten als undenkbar aus den Vorstellungen, Sorgen und damit auch aus den Vorbereitungen auszustreichen.

Zur Strategie der Entführungen

Analyse des «Minihandbuches des Stadtguerilleros¹»

Major E. Cincera

Die Entführung des schweizerischen Botschafters Dr. Bucher hat unser Land erneut mit einer Aktion revolutionärer Kräfte konfrontiert.

Entführung und Erpressung entsprechen in diesem Fall – wie bei manchen früheren Gelegenheiten – genau der im «Minihandbuch des Stadtguerilleros» beschriebenen Taktik. Es ist daher sicher angebracht, an dieser Stelle eine Analyse dieser grundsätzlichen Schrift vorzunehmen².

¹ Carlos Marighella, «Minihandbuch des Stadtguerilleros», Sonderabdruck aus *Tricontinental*, dem theoretischen Organ des Exekutivsekretariats der Organisation der Solidarität der Völker Asiens, Afrikas und Latinamerikas, Nr. 16/1970, o.O., o.J.

² Vergleiche auch den Beitrag von Werner Hahlweg «Stadtguerilla», ASMZ Nr. 12/1970, S. 933 (Red.).

Der Verfasser des Minihandbuches, Carlos Marighella³, einer der bedeutendsten Revolutionäre Brasiliens, schrieb es als Text für die Praxis auf Grund der Erfahrungen der Nationalen Befreiungsallianz Brasiliens. Eine deutsche Übersetzung findet sich in der «Sozialistischen Politik» des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin (Juni 1970, S. 143–166). Mit den gleichen Druckvorlagen sind Separatdrucke erstellt worden, die neuerdings auch in der Schweiz erhältlich sind. In den ersten Abschnitten wird der Stadtguerillero als Persönlichkeit formuliert und das Ziel seiner Tätigkeit umschrieben.

Der revolutionäre Krieg, heißt es, äußert sich in der Stadtguerilla und im psychologischen Krieg. Der Guerillero kämpft bewaffnet als unerbittlicher Feind der Regierung. Er ist entschlossen, das bestehende ökonomische, politische und gesellschaftliche System zu entlarven, zu zerstören und beim Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Struktur, an deren Spitze das bewaffnete Volk steht, mitzuhelfen. Seine Praxis ist die des Untergrunds. Wichtigste Pflicht ist, anzugreifen und zu überleben. Er muß in besonderem Maße Erfindungsgeist, Initiative, technische und körperliche Fähigkeiten besitzen und außergewöhnlichen nervlichen Belastungen gewachsen sein.

Normalerweise lebt er in der Tarnung eines Durchschnittsbürgers. Er lebt, solange es geht, auch von seiner beruflichen Tätigkeit. Die zwei wesentlichsten Ziele des bewaffneten Kampfes sind:

a) die physische Beseitigung von Führern und untergeordneten Personen innerhalb der Streitkräfte und der Polizei;

b) die Enteignung der Regierung, der großen Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Imperialisten. Die kleineren Enteignungen dienen dem individuellen Unterhalt des Stadtguerilleros, die großen dem Unterhalt der Revolution.

Seine technische Vorbereitung umfaßt neben allen Kampfarten des Angriffs und der Selbstverteidigung viele Sportarten, Überlebensübungen, Training als Froschmann und Autofahrer, Flugkenntnisse und Ausbildung im Steuern von verschiedenen Schiffarten.

Mechanische und elektrotechnische Kenntnisse, Bedienen können von Orientierungsinstrumenten und Kenntnisse der Chemie zur Herstellung von Fälschungen aller Art, medizinische Grundbegriffe (Chirurgie, erste Hilfe) und Kenntnisse über Drogen hat er nötig, um in einer Gesellschaft leben zu können, die es zu zerstören gibt.

Das wichtigste ist aber das Beschaffen und die Erlernung der Handhabung aller Waffen. Vom Revolver über Mörser bis zur Plastikbombe muß er alles erbeuten, selber bauen und handhaben können. Das Schießen wird als Existenzbasis des Stadtguerilleros bezeichnet. Der Beschreibung der verschiedenen Waffen und ihres Einsatzes wird in der Schrift einiger Raum gewidmet.

Organisatorische Probleme werden in den folgenden Abschnitten behandelt, zum Beispiel die Taktik der Feuergruppe von vier fünf Mann. Die Dringlichkeitsordnung der logistischen Probleme lautet: Motorisierung, Geld, Waffen, Munition, Sprengstoff. Überfälle auf Banken und Waffenlager sind die Beschaffungsart, «Enteignung» genannt.

³ Carlos Marighella trat mit 18 Jahren der Kommunistischen Partei Brasiliens bei, die er knapp 40 Jahre später, nachdem er Mitglied der Exekutivkommission geworden war, wieder verließ. Er nahm an Aktionen der Stadtguerillas teil und fiel am 4. November 1969 in São Paulo durch Schüsse der Polizei im Alter von 58 Jahren. Er wird als einer der bedeutendsten revolutionären Kämpfer des lateinamerikanischen Kontinents bezeichnet und verfaßte unter anderem «Die brasilianische Krise»; «Der internationale Kampf»; «Erklärung der kommunistischen Gruppierungen von São Paulo».